

Dresdner Volkszeitung

Poststelle: Leipzig,
Soden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bonifacio:
Gesetzliche Postzeitung

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post
bezogen vierzehntäglich 18.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitnerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitnerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftsjahr von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachtm.

Anzeigenpreis: die 9 geplasterte Monoparallele 1.80 M., Familienanzeige
1.30 M., die 3 geplasterte Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Er-
mäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur
Zunahme am vorgezeichneten Tag. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 141

Dresden, Dienstag den 22. Juni 1920

31. Jahrg.

Eine Regierung ohne Sozialisten

Berlin, 22. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, Reichskanzler Lehmann, zum Reichskanzler ernannt. Abg. Lehmann war die Verhandlung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen.

Die Unabhängigen haben nicht ganz das Ziel ihrer Wünsche erreicht. Wir haben keine Majorität bekommen, an deren Spitze Sozialist und Wille stehen, aber vielleicht werden sie sich damit trösten, daß wir infolge ihrer Abstimmungswilligkeit wenigstens eine sozialistische Regierung erhalten. Das Kabinett, das jetzt zustandekommt, ist eine Regierung der Mitte, an der sich die drei Mittelparteien, Zentrum, Demokratie und die freilich schon sehr weit rechts stehende Deutsche Volkspartei beteiligen. Wie sich die Sozialdemokratie zu der neuen Regierung stellen wird, wird selbstverständlich von den Taten der Regierung abhängen.

Da nach der Beleidigung der Unabhängigen für eine Regierung unter linker Beteiligung nur eine Mehrheit zu haben gewesen wäre, wenn wir uns entschlossen hätten, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, hat die Sozialdemokratie zunächst kein Interesse daran, die neue Regierung zu stützen.

Man kann erwarten, daß wenigstens vorläufig die neue Regierung verhindern wird, bei der Sozialdemokratie möglichst wenig anzustehen. Besonders reaktionäre Streiche gegen die Arbeiterschaft haben wir von der neuen Regierung in der nächsten Zeit kaum zu erwarten, wobei sich freilich nicht sagen läßt, ob nicht im Laufe der Zeit die Regierung unter dem Einfluß agrarischer und Fabrikalistaer Kreise immer mehr nach rechts und in eine Kampfstellung gegen die Arbeiterschaft gedrängt werden wird. Die neue Regierung wird aber voraussichtlich manches anders machen, als es von einer Regierung, an der Sozialisten beteiligt sind, gemacht worden wäre. So besteht die Gefahr, daß die neuen Männer dazu neigen, vorzeitige Experimente mit der Förderung der Zwangswirtschaft zu machen. Er könnte doch aus Interessenkreisen trotz den schlechten Erfahrungen, die man beim Hafer und Brot gemacht hat, immer wieder den Ruf nach möglichst baldiger, völliger Beteiligung der Zwangswirtschaft; und wenn die Regierung sich etwa dazu treiben ließe, die Zwangswirtschaft auch beim Getreide oder gar beim Fleisch zu betreiben, so wäre dadurch unsteckbare Vorschnellnahrung aufgeworfen.

Zweckmäßig kann für die Massen des deutschen Volkes eine bürgerliche Regierung auch deswegen werden, weil sie vieles unterlassen wird, was gefährlich würde. Die wirtschaftliche Entwicklung der Zeit nach der Revolution weist nur zu deutlich darauf hin, daß wir weiter fortsetzen müssen auf dem Wege zu einer gemeinschaftlichen Organisation unserer Volkswirtschaft. Gerade in den letzten Monaten sind hier mehrere mögliche Erfahrungen gemacht worden, die es zu bewerten gilt. Die hierzu nötigen Maßnahmen können aber nicht einfach etwa durch Parlamentsbeschlüsse erzwungen werden. Nur derjenige, der den Verwaltungsaufbau in der Hand hat, ist instande, zu prüfen, was unter den gegenwärtigen Umständen geschehen kann, um unsere Volkswirtschaft besser zu organisieren. Man kann nicht in einem Parlamente beschließen, daß dieser oder jener Wirtschaftszweig zu sozialisieren sei, sondern es kommt darauf an, daß bis ins einzelne gehende von Fachkundigen ausgearbeitete Pläne aufgestellt werden, wenn praktisch etwas erreicht werden soll.

Es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt, wer Leiter des Wirtschaftsministeriums sein wird. Das Betriebe mindestens eines Teiles der an der Koalition beteiligten Abgeordneten wird dehnen gehen, einen Mann an diese Stelle zu bringen, der Unternehmenskenntnis habe und wie würden uns dann nicht darüber zu wundern brauchen, wenn im Reichswirtschaftsministerium ein entzerrender Kurs eingeschlagen wird.

Dadurch, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung austritt, kommt sie nicht in die gleiche Lage, wieder eine Oppositionspartei in dem Sinne zu werden, wie sie es früher im alten Deutschland war. Selbst wenn wir zu der neuen Regierung in einem schwächeren Gegenstand stünden, als das wohl vorläufig der Fall sein wird, müßten wir bei der Opposition doch immer ein großes Maß von Vorurteil und Zurückhaltung walten lassen. Am alten deutschen Recht hatten wir nicht die allergeringste Ausicht, jemals zur Regierung zu kommen und es war nur zu natürlich, daß wir jede vordelige Gelegenheit benutzen, um die uns feindlich gegenüberstehende Regierung anzugreifen. In einem parlamentarisch-demokratischen Staat, wie es Deutschland jetzt ist, hat eine Partei nur dann Erfolgserfolgung, wenn sie, sobald sie in der Opposition ist, danach strebt, wieder zur Teilnahme an der Regierung zu gelangen, so wie sie glaubt, dabei erträglichste Arbeit leisten zu können. Eine Partei, die wie die U. S. P. liegt vor dem Regieren hat, ihr eigentlich eine Unmöglichkeit in einem demokratischen Staat. Da wir aber wissen, daß wir recht bald einmal wieder in der Regierung stehen können, werden wir auch bei unserer Kritik immer sehr genau überlegen müssen, ob wir das Attentat auch wirklich besser machen könnten, wenn wir an entscheidender Stelle sitzen. Also je begreiflicher wird für uns die Oppositionstellung unter keinen Umständen jemals wieder sein.

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung war die Folge der Wahlen, die der Sozialdemokratie einen

beträchtlichen Verlust an Stimmen und Mandaten gebracht haben. Über die Ursachen unserer Verluste ist schon mehrfach das Notwendige gesagt worden. Es wäre nicht mit rechten Dingen zugegangen, wenn eine Partei, die wie die deutsche Sozialdemokratie in einer so ungeheuer schweren Zeit eine führende Rolle in der Regierung innehatte, nicht bei diesen Wahlen große Verluste erlitten hätte, zumal ein großer Teil des deutschen Volkes sich immer noch nicht darüber klar ist, daß wir nur infolge des Krieges und der Niedergabe in einen Zustand der tiefsten Armut geraten sind und deshalb dazu neigt, die jeweilige Regierung für ihre Nöte verantwortlich zu machen. Es ist ein Zeichen für die unverwüstliche Lebenskraft unserer Partei, daß wir immer noch so stark aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind.

So richtig es aber auch ist, daß die Sozialdemokratie sehr viel Stimmen verloren hat, weil sie für Dinge verantwortlich gemacht wurde, die sie nicht anders konnte, so müssen wir uns doch gerade jetzt die Frage vorsehen, ob nicht von unserer Partei und ihren Vertretern in der Regierung Fehler und Unterlassungsfehler begangen worden sind. Unter Beilung hat schon früher gelegentlich an der Haltung der Vertreter unserer Partei in der Regierung Kritik geübt. Es hat uns vor allem nicht gefallen, daß man sich in unserer Partei nicht genügend mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat und unsere Vertreter in den Regierungen haben es, so scheint uns, hier zweimal an der nötigen Energie fehlten lassen. Wir stimmen selbstverständlich mit Autokratie darin überein, daß sich in einer Zeit des Mangels das Schieberum nicht beseitigen läßt und wie geben uns nicht dem sozialen Glauben hin, daß man den Deutzen durch politische Zwangsmaßnahmen die letzte Kartoffel und den letzten Saat Getreide wegobolen kann. Aber es wäre untreue Erachtung z. B. möglich gewesen, rechtzeitiger und energischer gegen die Peinte vorzugehen, die unter Volkswirtschaft durch die Einführung und den Verlauf ausländischer Kurzwaren so schwer geschädigt haben. Unser Aufstellung noch hätte die Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe darin sehen müssen, als Vorkämpferin für eine planmäßige Regelung des Wirtschaftslebens aufzutreten. Das hat sie unseres Erachtens nicht in genügendem Maße getan und in manchen bürgerlichen Zeitungen hat man sich eifriger mit den hier in Betracht kommenden Problemen beschäftigt, als innerhalb unserer Partei.

Eine Unterlassungsfehle, deren sich unsere Partei schuldig gemacht hat, war es auch, daß sie es verkannt hat, sich rechtzeitig ein wirtschaftliches Aktionsprogramm zu schaffen, auf Grund dessen sie hätte den Wählern sagen können, welche Maßregeln sie durchführen will, wenn sie nach den Wahlen einen entscheidenden Einfluss erlangt. Ob sie durch ein solches Programm sehr viel Stimmen gewonnen hätte, mag dahingestellt bleiben, aber zweifellos wäre die Anziehungskraft der Partei durch eine klare Stellungnahme zu den dringenden Wirtschaftsfragen unserer Zeit gesteigert worden. Man kann heute nicht mehr damit auskommen, daß man erklärt, man wolle „sozialisieren“, sondern man muß die Maßnahmen im einzelnen bezeichnen, die man glaubt durchzuführen zu können.

Was wir vor den Wahlen verfügt haben, das muß jetzt keineswegs nachgeholt werden. Wir können, ganz gleich, ob wir bald wieder Neuwahlen zum Reichstag haben oder nicht, doch schon in wenigen Monaten vor der Wahlentscheid feststellen, ob die Regierung einzutreten und da muß die Partei in den für unser deutsches Volk wichtigsten Fragen ein klares Programm haben, das unmittelbar erfüllbare Forderungen enthält. Es gilt also für unsre Partei, die Zeit, die wir außerhalb der Regierung stehen, auszunutzen, nicht nur zur Stärkung unserer Organisation und Presse, sondern auch zur Klärung über unsere nächsten Ziele, damit, wenn wir wieder in die Regierung eintreten, wir noch in höherem Grade als bisher eintraten und durch ehrliches Handeln dem deutschen Volke und der Sache des Sozialismus zu dienen.

Die Ministerliste

Berlin, 21. Juni. Wie die Germania von durchaus zuverlässiger Seite erfährt, kann die Kabinettbildung als vollkommen gesichert angesehen werden. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler: Lehmann (Zentrum); Inneres: Dr. Koch (Dem.); Finanzen: Dr. Wirth (Zentrum); Post: Giesberts (Zentrum); Ernährung: Dr. Hermann (Zentrum); Justiz: Dr. Wehr (Dem.); Justiz: Dr. Heinz (Deutsche Pv.). Für das Reichswirtschaftsministerium ist Herr v. Kardorff (Deutsche Pv.) vorgeschlagen. Die Besetzung des Verkehrs, der Wirtschaft und der Arbeit ist noch nicht endgültig entschieden. Für das letztere Ministerium kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird voraussichtlich mit einem anderen Ministerium verbunden werden. Das Auswärtige Amt, dessen Besetzung von allen Parteien durch einen Sachmann als dringend erwünscht bezeichnet worden ist, wird durch Geheimrat Simon besetzt, der sich durch seine Teilnahme an den Versailler Verhandlungen einen Namen gemacht hat.

Die neuen Männer

Berlin, 22. Juni. Wie die U. S. P. erfahren, haben General Gründer und Geheimrat Simons die ihnen angebotenen Ministerposten angenommen. General Gründer wird das Reichsministerium, Geheimrat Simons die Zeitung des aufmüpfigen Kastes

übertragen werden. Die Zentrumsminister bleiben auf ihren Posten, ebenso die demokratischen Minister, Koch und Wehr. Die Stellung des Reichswirtschaftsministeriums ist immer noch ungelöst. Geheimrat Wiedemann und Dr. Welschior, denen das Ministerium angeboten wurde, haben abgelehnt. Riemer kommt für das Reichswirtschaftsministerium, oder von Schatzministerium des Wiederaufbauministeriums, oder von Schatzministerium der Finanzminister. Ein Sohn des revolutionären Aufständischen Dr. Blum steht ebenfalls Dr. Heinz von der Deutschen Volkspartei.

Neueste Telegramme

Noch keine Einigung über die Schuldenfrage

Eigene Drahtmeldung

Paris, 22. Juni. Am zweiten Tage der Konferenz von Boulogne wurde die Sitzung erst um 8 Uhr abends geschlossen, nachdem die Erörterungen ziemlich lebhaft waren. In der Mitteilung, die um 8 Uhr ausgegeben wurde, befindet sich nicht die geringste Anspielung auf die wichtigste Frage: Die Feststellung der deutschen Schuldenfrage. Das Einverständnis scheint also nicht vollkommen erreicht zu sein. Die Summe von 105 Milliarden, zahlbar in 25 Jahren, wurde von englischer Seite angeboten, aber von der Konferenz noch nicht genehmigt. Der französische Finanzminister Marjat reiste heute morgen nach Paris zurück, um heute nachmittag einer Sitzung des Senats beizutreten. Ein Journalist fragte ihn, ob man denn nichts über die Friedensverträge und die seitdem besprochenen habe. Der Minister überlegte einen Moment und sagte: „Das wird erst in der nächsten Sitzung geschahen“. Was die Entwicklung Deutschlands anbelangt, so scheint eine Einigung erzielt zu sein. Nachdem Frisch hatte noch gestern eine Note an Deutschland gerichtet, und zwar in sehr energischen Sätzen gehalten, in der er die strikte Ausführung des Vertrages von Versailles fordert. Die Note, die nach den Unterredungen von Goye verfaßt und von der französischen Regierung genehmigt wurde, schloß sich dem englischen Standpunkt über die Entwaffnung Deutschlands an. Der Text ist sehr höflich gehalten.

Petit Parisien schreibt: Zur Flüssigmachung der deutschen Schulden wurde in Boulogne beschlossen, der internationale Finanzkonferenz von Brüssel die Emission einer internationalen Anleihe zu empfehlen, deren Pfand die deutschen Einkünfte sein sollen. Deutschland soll über die Rechte darin nicht einbüßen, sondern sie sollen nur vorübergehend in die Hände der Alliierten übergehen. Wenn Deutschland in bezug auf die Ausführungen des Friedensvertrages weiter bösen Willen befandet, sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die eventuell zur weiteren Weisung deutschen Gebietes führen würden.

Die Konferenz in Boulogne

Boulogne, 21. Juni. (habo). Offizieller Bericht. Die zweite Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde Montag nachmittag von 4-5 Uhr abgeschlossen. Die deutsche Frage wurde in Erwähnung gebracht. Das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Friedensabstimmung angelegt war, wurde aufgeschoben. Die Konferenz billigte ferner die militärischen Maßnahmen, die von den Alliierten Koch und Wilson vorgeschlagen wurden, um der Voge in der Freigabe von Romantinopel und der Meerenen entsprechend.

Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die griechischen, die polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegierten nach Spa zu einer Versammlung der sie dreißig verbleibenden Delegierten mit den Alliierten einzubringen. Die Marschälle Frisch und Wilson billigten den Text der alliierten Rolle an die deutsche Regierung bezüglich der Annahme und des Kriegsmaterials sowie die bisher noch nicht durchgefahrene Heraufsetzung der Armee auf die im Vertrag vorgesehene Stärke.

Das Ende der Koalition!

In der ganzen sozialdemokratischen Partei von Hamburg bis München und von Königsberg bis Konstantinopel steht man nur vergnügt. Geblieben, Parteileiter, Parteiräte, alle Genossen, die mit der Partei verwachsen sind und die Verpflichtung ablehnen, sie gegen Angriffe von außen zu verteidigen, begrüßen den Rückzug unserer Genossen aus der Wilhelmstrafe mit einem Lächeln der Erleichterung. So stark ist dieses Gefühl, daß der Unterton der Sorge darüber, wie nun fünfzig die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden sollen, gegen die allgemeine Stimmung der Bevölkerung noch gar nicht aufkommen kann.

Die Freude über das Ende der Koalition ist noch allem Vorangegangenen psychologisch sehr leicht zu erklären. Lange dauern wird sie aber nicht, und dem ursprünglichen Gefühl werden bald recht nachdrückliche Erwägungen folgen. Schon jetzt wäre es Zeit, darüber zu staunen, daß die politische Vertretung der Arbeiterklasse eine gewisse Genugtuung darüber empfindet, daß sie ein sehr wichtiges Stück der Macht, die sie besaß, verloren hat. Es ist doch schließlich die verfehlte Welt, daß die Arbeiter lachen, weil sie aus der Regierung heraus dürfen, und daß die Bürgerlichen weinen, weil sie in der Regierung bleiben müssen. Mit einer rein sozialen Identität aufgefasster Theorie des Klassenkampfes verträgt sich dieses Schauspiel jedenfalls sehr schlecht.

Die Vorgänge bei der neuen Regierungsbildung haben mit anrüchiger Deutlichkeit gezeigt, daß das Regieren unter den gegebenen Zuständen für seine Partei und für seine Klasse ein Vergnügen ist. Aber man möge doch nicht vergessen, daß es keinen Endes eine recht kindliche Vorstellung wäre, wenn man es als die natürliche Aufgabe jeder Partei betrachtete, sich möglichst weit von der Regierung fern zu halten. Eine

Partei, die nicht das Streben hat, ihre Forderungen zu verwirklichen, ist ein Widerstand in sich selbst. Sie soll über eine Partei durchsetzen, was sie will, wenn sie im Bezug auf die Annahme von Ministerposten ein endgültiges Rechtsbeurteilung ablegt.

Aufgabe der Sozialdemokratie — auch außerhalb der Regierung — wird es sein, daß verborgene Denken breiter Räumen wieder gerecht zu richten. Darum muß so oft und so deutlich wie möglich gezeigt werden, daß mit uns Regierungszeit keineswegs als eine Sündenzeit betrachtet, für die wir jetzt in der Opposition in Scham und Neue Suze sitzen. Es darf uns keinen Augenblick einfallen, um Vergangenheit zu verleugnen, und auch darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen, daß die Wiederbeteiligung an den Regierungsgeschäften oder ihre Alleinherrschaft für uns nur eine Zeige der augenscheinlich gegebenen politischen Umstände ist. Dass wir es als die natürliche Aufgabe unserer Partei betrachten, nicht bloß zu opponieren und zu kritisieren, sondern unter voller Ausübung der gegebenen Machtmöglichkeiten praktische Arbeit im Dienste des arbeitenden Volkes zu leisten, darf wir daher unter Wiederbeteiligung an den Regierungsgeschäften nicht abschneiden werden, in dem Augenblick, in dem uns die Verteilung praktischen Erfolg versprochen wird.

Das rein Gelüftmäßige ist zur Zeit in der Politik überall entweder. Wahrscheinlich wird der Stimmung der Arbeiterklasse, die heute den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung begrüßt, bald eine andere folgen, die einen Wiedereintritt verlangt. Die Frage darf aber nicht nach Stimmen, sondern nur nach reellen politischen Erwägungen entschieden werden. Solche Erwägungen haben jetzt zum Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung geführt; ruhige Beobachtung und Überlegung wird den Zeitpunkt bestimmen, zu dem die Sozialdemokratie wieder den ihrer Stärke entsprechenden Anteil an der Verantwortung für die Reichsgeschäfte übernehmen wird.

Der Krieg im Orient

Mustafa Kemal hält mit seinen Truppen fast ganz Anatolien besetzt. Sein gesamtes Heer wird auf 87000 Mann geschätzt, die alle gut bewaffnet und reichlich mit Munition verfehlt sind. Eine der ersten Forderungen Mustafa Kemals ist, daß die Griechen Smyrna räumen. Venizelos hat demgegenüber, wie Politiken aus London melden, das griechische Heer willkommen zur Besiegung der Alliierten zu einem Angriff auf Mustafa Kemal gefordert.

Aus Malta meldet Reuter: Ein Bataillon Infanterie wird in größter Eile nach Konstantinopel abföhren. Ein Kreuzer und alle verfügbaren Zerstörer führen ebenfalls in östlicher Richtung ab.

Venizelos ist von London nach Paris gereist. Der diplomatische Mitarbeiter des Evening Standard erfährt von maßgebender Seite, der Großherzog werde die Rücknahme von Smyrna und dessen Hinterland durch die Griechen verlangen. Vor seiner Abreise aus London habe Venizelos erklärt, Griechenland werde sich dem widerstehen; es sei hart genug, um allenfalls auch ohne Hilfe der Alliierten die Bedingungen des Vertrags durchzusetzen. Das englische Kabinett hat das Anerbieten Venizelos angenommen.

Wie der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph berichtet, wird die bevorstehende neue englisch-französische Konferenz auch in erster Linie mit den immer ernster werdenden Tagen zwischen England und Frankreich im Orient beauftragt. Der französisch-türkische Waffenstillstand soll in London sehr verhünkt haben, da Mustafa Kemal darin in die Lage verlegt sei, seine Angriffe gegen die Engländer zu konzentrieren.

Gegen die Räumung Persiens

Rotterdam, 21. Juni. Daily Express erfährt, daß das Kabinett beschlossen habe, sich gegen eine Räumung der englischen Truppen aus Persien zu erklären. Dafür solle jede militärische Hilfe erhalten, die es benötige. Teheran, 21. Juni. In der Nacht vom 15. zum 16. Juni hat man ein gegen den Schah und mehrere Minister gerichtliches Kommando ertheilt. Es sind militärische Vorsichtsmaßnahmen ergriffen worden.

Wenn einer eine Reise tut...

Amsterdam, 21. Juni. Der Chefredakteur der Daily News berichtet in seinem neuesten Aufsatz über die Ergebnisse einer Studienreise durch Teutschland herauß, daß ihm allem Gewicht der beurteilten Volks umgebrochen und der Willen durch Arbeit und Sparsamkeit ollmöglich wieder hoch zu kommen, allgemein ist. Das Ernährungsproblem habe die Erinnerung an den Krieg ausgelöscht. Es werde wenig von Fleisch gerafft. Somit abtötung vorherrschend sei, nicht wie sich gewünscht. Englisches Fleisch und Bräute in Deutschland waren es, die mir gegenüber die Leidenschaft verdeckten, daß Deutschland noch immer ein Ausgestoßener behandelt werde. Ein englischer Wissensbericht teilt die Unterteilung der englischen Politik unter den französischen Vertretungen des französischen Thaurt aus. Ein herausragender englischer Beamter in Deutschland fordert: „Der Krieg zu Ende, aber geht er weiter? Diese Propaganda besteht endgültig nicht innerer Überzeugungen. Am Schlüsse des Kriegs bricht Gardner die Überzeugung aus, daß in der englischen Politik wegen der Stimmung des englischen Volkes eine Verbesserung zum Besseren eintreten würde, wenn man sich statt von den Deutschen beraten lassen wollte, die in Deutschland tätig sind.“

Die Berliner Gemeindewahlen

Sowohl ein Nebenbild bereits möglich ist, werden nach den Berliner Gemeindewahlen, dem Vorwärts aufgabe einer Gesamtmeinung von 125 sozialdemokratischen Stimmen 100 bürgerliche gegenübertreten. Nach der Post-Ztg. erhielten die Deutschnationalen 25, die Deutsche Volkspartei 40 (der Berl. Zoflant, berechnet 80), das Zentrum 8, die Demokraten 16 (Berl. Zoflant, berechnet 14), Wirtschaftliche 9 (8), Mehrheitssozialisten 38 (Berl. Zoflant, 80), Unabhängige 8 (Berl. Zoflant, 8).

Bei der Stadtvorstandswahl für Groß-Berlin wurden bis Sonntag 1 Uhr mittags gezählt:

Sozialdemokraten	271000 Stimmen
Unabhängige	682000
Demokraten	112000
Zentrum	59000
Deutsche Volkspartei	288000
Deutsche Volkspartei	194000
Wirtschaftliche Vereinigung	71000
Verschiedene	828

Das Resultat ist selbstverständlich nicht vollständig, da noch eine kleine Zahl Abstimmung fehlt.

Neben die Groß-Berliner Gemeindewahlen ist, so schreibt der Vorwärts, zunächst eins zu sagen, worüber bei allen Parteien größte Übereinstimmung herrschte. Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß die Wahlbeteiligung allgemein hinter der vom 6. Juni zurückliegenden ist. In diesem Sinne kann man behaupten, daß letztere alle Parteien wiederholen erhielt, weil keine ihre Stimmenzahl vom 6. Juni zu halten imstande war.

Schadenrode Kommentare von reaktionärer Seite wären wenig angebracht, weil ja erstens einmal die reaktionären Parteien an dem allgemeinen Stimmengang mitbeteiligt sind und weil zweitens die Wahlbeteiligung trotz alledem viel stärker war als in den gezeigten Seiten des Dreiklassenwahlkreises.

Das neue Stadtparlament wird, wie vorauszusehen war, eine sozialistische Mehrheit haben, innerhalb derer die Unabhängigen wiederum die Mehrheit sein werden. In einzelnen Bezirksoberbürgermeisterwahlen werden die Unabhängigen allein über die Mehrheit verfügen. Die Unabhängigen werden also hier zeigen müssen, was sie wollen zu leisten imstande sind. Ihnen wird überall, wo es sich um praktisches Wirken für die Rasse der Sozial-Demokratie handelt, die Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei geben. Sie ist die Unabhängigen gegenseitige Notwendigkeit, zunächst wenigstens auf kommunalem Gebiet auf die bloße Agitationsepoche zu verzichten und auf praktische Arbeit einzutreten, ist im Interesse der Zukunftsentwicklung der deutschen Arbeiterschaft zu begrüßen. Denn der Unabhängige, der nicht nur aus der Opposition heraus kommt, sondern genötigt ist, bei verantwortlichen Beschlüssen die Haushaltswaltung zu tragen, wird sich alsbald von dem vielbedeutsameren „Rechtssozialisten“ sehr wenig unterscheiden.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S.P.D. hat am 21. Juni zur politischen Lage einstimmig folgenden Schluss gefaßt:

Nachdem der Ausfall der Reichstagswahlen die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik unmöglich gemacht, und die Un-

abhängigen das Zustimmen einer neuen linksgerichteten Regierung verhindert haben, kann nur eine weitere nach rechts entrichtende Bürgerliche Koalition in Frage, an der sich die Sozialdemokratie nicht beteiligen kann.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einer Regierung, in der Vertreter der Deutschen Volkspartei agen, ein Vertrauen abzugeben, es ist unmöglich, daß die Fraktion zum Teil eine abweichende Position einnimmt, um der neuen Regierung Gegenstand zu geben. Durch Taten ihre politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu zeigen. Dann muss die Entwicklung der Fraktion als vom Stammhaus unter sozialdemokratischen Grundlagen erfolgen.

Wir erlauben die Fraktion, von der neuen Regierung unter den ersten getreuen Abnahmen unbedingt die sofortige Aufhebung der Militärgerichte zu fordern, die durch das freiwerdende Kriegsgerichtsurteil gegen die Würdiger Entscheidungen zu einer zwingenden Normenwidrigkeit geworden ist.

Der Boykott Ungarns

Den 22. Juni. Der Kontakt gegen Ungarn ist seither fortwährend durchbrochen worden. Vom Ostbahnhof wurde ein Zug mit 1000 Tonnen von sozialdemokratischen Arbeitern und Frau abgefahren und ist dort ankommen. Auf anderer Bahnlinie kommt der Kontakt fort, durfte jedoch ebenfalls bald zusammenbrechen. Den Rivalen ist der Kontakt nicht populär, weil er die Erziehung gebrochen.

Einer Pressekorrespondenz zufolge wird in der Stadt von Wiener Neustadt der Kontakt gegen Ungarn durchgeführt von den Vertretern der Gewerkschaft überzeugung.

Der Streit um den Lohnabzug

B. L. B. verbreitet folgenden Aufsatz:

Die Tatsache, daß der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt vom 25. Juni 1920 an wirksam wird, führt zu lebhaften Erörterungen. Man bemängelt leicht das Verfahren, bedeutet aber nicht, daß es sich hier nur die deutsche Steuerpraxis um eine vollkommene Reuerung handelt. Auch die Höhe des Abzuges wird kritisiert und dabei vergessen, daß beides, der Abzug an sich wie auch das Verfahren, im Einkommensteuergefecht vorgesehen ist. Die Reichsfinanzverwaltung hat dieses Gesetz auszuführen. Sie muß um so mehr auf die Durchführung des Gesetzes dringen, als die Finanzlage des Reiches noch nie vor ungemein schwieriger ist. Die Bestimmungen über den Lohn- und Gehaltabzug sind der Niederschlag eingehender Beratungen mit den sämtlichen in Frage kommenden Berufsvorstellungen. Dass sich bei ihrer ersten Durchführung eine Reihe von Schwierigkeiten ergibt, ist nicht weiter zu verwundern, da es sich hier eben um ein in Deutschland noch nicht erprobtes Verfahren handelt. Andre Länder haben ja die Erhebung des Einkommensteuer auf der Quelle für das gesamte Einkommen, was zweifellos von den Steuerpflichtigen viel größere Verluste verlangt als der verhältnismäßig einfache Lohnabzug.

Dieser Lohn- und Gehaltabzug erstreckt sich nur auf Lohnempfänger, und zwar im weitesten Sinne des Wortes. Denn er trifft genau so gut das Gehalt des Reichspräsidenten oder des Generaldirektors einer Aktiengesellschaft, wie den Arbeitsschloß der Hausangestellten.

Als Arbeitslohn gelten nicht nur Geldbeträge, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Würden letztere nicht darunter fallen, so würden z. B. die landwirtschaftlichen Arbeiter, die einen mehr oder minder großen Teil ihres Lohnes in sogenannten Debütaten erhalten, und die Hausangestellten, die außer ihrem Barlohn freie Wohnung und Versorgung genießen, bestreikt sein als die gewerblichen und Industriearbeiter, die ihr ganzes Gehalt in Geld bezahlen und die Kosten ihrer Wohnung und Versorgung selbst zu tragen haben. Bei Kaufmannentreffen von Geldbeträgen und Naturalbezügen sollen jedoch, da der nach den Lohnabzugsvereinbarungen oder nach den von den Versicherungsbüroen festgelegten Sätzen zu bemessende Wert der Naturalbezüge zum Teil ein recht erheblicher ist und daher vom Barlohn unter Umständen ein verhältnismäßig sehr hoher Betrag abgezogen werden müsse, in den Fällen, in denen der Wert der Naturalbezüge den Barlohn übersteigt, für die Stadt Berlin beispielweise wird die Anwendung dieser Verordnung im allgemeinen nicht praktisch werden, da der Wert der Naturalbezüge gegenwärtig nur auf circa 708 Mark, also 58 Mark monatlich festgesetzt ist und daher wohl regelmäßig hinter dem Barlohn zurückbleiben wird. Bei einem Hausangestellten, der monatlich 90 Mark in bar erhält, würden also nur 14,00 Mark monatlich abzuziehen sein. In anderen Kreisen sind die Sätze aber schon erheblich höher, z. B. auf 3000 Mark festgelegt. Hier würde bei 90 Mark Barlohn der Wert der Geld- und Sachbezüge also monatlich 840 Mark betragen. Es dürften also nur 18 Mark gefügt werden. Wüßt Jahr umgerechnet würde der insgesamt zu fügende Betrag also 216 Mark betragen. Dieser Betrag bleibt noch immer um 54 Mark hinter dem Gesamtgehalt zurück, der eine ledige Person von einem Gesamtgehalts von 4000 Mark zu zahlen hat; denn diese beträgt unter Berücksichtigung des einkommensfreien Betrages von 1500 Mark 270 Mark.

Die Einkühlung des gefügten Betrages erfolgt entweder durch Einflecken und Entwerten von Marken in der Steuerkarte des Arbeitnehmers oder durch unmittelbare Überweisung des gefügten Betrages seitens des Arbeitgebers an die Steuerbehörde. Die Steuerkarten werden von den Gemeindebehörden unentgeltlich ausgestellt. Wo die Steuerkarten zu beziehen sind, wird jeder Landessinnungsamtbezirk in den nächsten Tagen in den Tagesblättern bekanntgemacht. Die Steuerkarten zu finden bei den Postanstalten zu beziehen; vorerst werden Marken im Betrage von 10 und 50 Pf., 1, 2, 5, 10 und 25 Mark zum Verkauf gestellt. Das Einflecken und Entwerten erfolgt grundätzlich bei jeder Lohnabzählung; auf Antrag kann jedoch geklärt werden, daß für ständig beschäftigte Personen die Steuerkarten erst am Ende eines Monats oder am Ende eines Kalendervierteljahrs eingefügt oder entwertet werden.

Die unmittelbare Überweisung erfolgt auf Antrag des Arbeitgebers beim Landessinnungsamt. Grundätzlich soll der eingebuchte Betrag unter Beifügung einer Nachweisurkunde für die Formulare bei den Finanzämtern zu beziehen sind, in doppelter Ausfertigung an die zuständige Steuerbehörde des Arbeitnehmers abgeführt werden. Bekämpft jedoch jedoch der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und mehrere Steuerbehörden zu entrichten, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbehörden, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, statt der Einkühlung unmittelbar in der oder durch Überweisung an die Steuerbehörde vorgenommen, die für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer gültig ist.

Um Arbeitnehmern mit zahlreichen Gemeindenwohnungen Arbeitnehmern die Durchführung dieses Verfahrens zu erleichtern, wird hierauf folgendes verordnet:

Beschäftigt der Arbeitgeber mehr als 100 Arbeitnehmer und für die Erhebung der vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer mehrere Steuerbeh

Ein sanfter Tod erlöste nach langer Krankheit unsern 74-jährigen, stets allseitig hochverehrten
Herrn Direktor
Franz Schmidt.

55 Jahre lang hat er unser Unternehmen, zuletzt als Direktor, unermüdlich und mit vorbildlicher Schaffensfreude zu schönen Erfolgen geleitet, bis ihm eine hartnäckige Krankheit jetzt von seinem arbeitsamen Leben abrief. In dieser ernsten Stunde danken wir ihm für all seine Gute und siete Fürsorge. Sein Andenken werden wir jederzeit hoch in Ehren halten, und er wird uns stets unvergänglich bleiben. (S. 484)

Die Geschäftsführung und das kaufmännische Personal der Firma Woldemar Schmidt, G. m. b. H., Dresden und Döhlen.

Sonnabend den 19. Juni 1920 verschied im 75. Lebensjahr unser hochverehrter

Herr Direktor
Franz Schmidt.

Wir verlieren in ihm unsern langjährigen, stets treuen Chef, der uns in seiner 55-jährigen Tätigkeit immer vorbildlich war und jederzeit für das Wohl seiner Arbeitsschaft sorgte. Seine unermüdliche Tätigkeit und sein gerechter Sinn lassen uns seiner immerdar in Ehren gedenken.

Die Arbeiterschaft
der Fa. Woldemar Schmidt, G. m. b. H., Dresden und Döhlen.

Seniats-Verein A. Unterförsterei, Gruppe 3
Den Vereinsmitgliedern der Rennsteig, das
unter a. d. langjähriges Mitglied

Julius Fischer

am 20. Juni um Alter von 88 Jahren gestorben.
Die Beerdigung erfolgt Mittwoch,
den 23. Juni im Krematorium zu Tolkewitz.
Im aufrechten liegen gelassen wird.
Der Vorstand.

Rach langem, schwerem Betiben ver-
ließ gestern nachts mein inniggelieb-
ter Sohn, unter treuernder Beter

Herr
Julius Fischer
Baugewerke
im 63. Lebensjahr.
Dresden, Rothermarkstraße 19.
den 21. Juni 1920.

Am liebster Trauer:
Hedwig Fischer und Kinder.
Die Einäscherung erfolgt Mittwoch
den 23. Juni 1920, nach 2 Uhr, im
Krematorium in Tolkewitz. (S. 511)

Dieser Sohn ist von seinem Herzen
für diesen Sohn, der ein nicht tragba-
res Denk, die beim Vermögen meines
mit über alles reichen Mannes

Artur Sauer

Seit 20. Jahrhundert Blumenhand-
lung, in zahlreichen Zweiten zur besten Stil-
haltung über 50 Jahre und Ausbildung
verrichtet, wobei zu danken. (S. 433)
Drei Jahre Famili vertraut. Sauer.

Festveranstaltungen
Stadion, Überführungen
Dresdner Beerdigungs-Anstalten

**Pietät und
Heimkehr**

Am So. 20. Bautzner Str. 37
Telefon 26158. Telefon 26161
Festveranstaltungen, Begräbnisse, Hochzeiten,
Festivals und Konzertveranstaltungen unverzichtbar.

Leder

in Qualität, Grösse, Ober-
leber, Zoblen hat Zusammensetzung
für jedes Lederwaren
bedarfsoptimal zu billigsten
Preisen. (S. 401)

Zeitungsträgerin
für Zubehör gefunden
zu melden im Konsumverein, Schoneveld.

Sächsischer Prinz, Schandauer
Str. 11.
der beliebte Herren- u. Damenball
Straßenbahnen 14, 21, 22, 23, 24. (S. 325)

Einzelhändler: Wohlert & Meissner, Dresden.

**Mutter-
schaft —
welch ein Glück —**
wenn die Mutter gesund und
fräftig ist, durch den Genuss von
Dr. Dester's Eiweiß-Nahrung

Urfrast



Arztlich empfohlen.
Schnupper-Schachtel à 100 gr. Preis 1.50.-
zu kaufen in Apotheken, zu nicht vorhandenen bei
Drogherbern, apoth. Dester & Co. GmbH
Bielefeld.

Bez. Pieschen.

Freitag den 25. Juni, abends 8 Uhr
im Restaurant zur Bärla

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden.
2. Neuwahl der Verwaltung.
3. Verschiedenes. (S. 416)

Antritt des Ersten erwartet. D. S.

4. Kreis, Bez. Rößchenbroda.

Freitagabend den 25. Juni, abends 8 Uhr

Mitglieder - Versammlung

in der Bärla

Tagesordnung:
1. Die neuen Gewinner. Red. Genoss Dr. Schubert.

2. Bericht aus der Gr. 3. u. Vorstandssitzung. (S. 416)

3. Verschiedenes.

Am Abendabend der nächsten Tagabendung
ist das Ereignis aller Wohlhaber drinnen vor-
bereitet.

Die Besteckleitung.

Gruppe Offendorf-Okrilla

Heute Dienstag den 22. Juni, abends 8 Uhr

Gruppen-Sitzung.

(S. 416) 2. v.

Volkswohl-Theater

Freitag, abends 8 Uhr (neues Programm)

Oskar Jungkühnels zum Sänger.

Der Theaters im Regenbogen.

Red. Edith. Höls kommt. (S. 415)

Vorwerk, Vogt, Wohl, Vogel, Vogel.

Wohl, Vogel, Vogel, Vogel.

Am 22. Juni, abends 8 Uhr

Fala Morgana

Breite Straße 3.

Die Frau auf der Schildkröte.

phantastisches Drama in 6 Akten.

Lisa Kress. — A. v. Winterstein.

Telegramm Überflüssig

Lyriekpiel, novis

Der Filmball im Tivoli-Palast

Vorführungen: 4-10 Uhr. (S. 416)

Donaths Neue Welt, Tolkewitz

Freitagabend: Zwei Gartenkonzerte

Anfang: 8 Uhr, ab 9 Uhr.

Übergabe verschw. Rosette. Vertonung: Weißmeister

o. Goede. Strudelbeulungen. 8 Uhr: hinter

Goede. Strudelbeulungen.

Abgang: 8 Uhr: hinter

Die beliebte: **Reunion.**

Stratenkabinett 19 u. 21. letzter. Wagnach d. Stadt 11.60.

BELVEDERE

Oberer Saal

Kleinkunstbühne

Das große Programm

Unterer Saal und Garten

Heinz Elber Orchesterkonzerte

4 Uhr Eintr. frei, 8 Uhr 50 Pf., Stg. 1. M. o. St.

Am Sonn- und Feiertagen

11 bis 1 Uhr Früh-Konzert (S. 416)

Weinterrasse :: Konditorei

Große internationale

Ruder-Regatta

Sonntag, 27. Juni, 1/2 Uhr, in Blasewitz

14 Rennen

11 Vereine — 65 Boote — 216 Ruderer.

Ziel am Kuhbahn des Dresdner Ruder-Vereins.

Vorverkaufsstellen u. Näheres siehe Plakataußen.

SARRASANI

Heute vorletzter

Tag der

Wild-West-Schau!

Die Mittwoch-Nachmittagsvorstellung folgt

infolge technischer Schwierigkeiten bei der

Vorbereitung des neuen Schauspiels aus.

Ab Donnerstag die große Attraktionsshow.

Ontimes Theater

Dresden-A. abends 17.

Der Vampir von St. Louis

1. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

2. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

3. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

4. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

5. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

6. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

7. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

8. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

9. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

10. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

11. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

12. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

13. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

14. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

15. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

16. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

17. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

18. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

19. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

20. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

21. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

22. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

23. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

24. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

25. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

26. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

27. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

28. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

29. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

30. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

31. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

32. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

33. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

34. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

35. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

36. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

37. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

38. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

39. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

40. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

41. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

42. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

43. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

44. Teil: Der Milliardenaub. 5 Uhr.

Dienstag den 22. Juni 1920

Der Sächsische Staatshaushaltplan

Sächsische Volkskammer

127. Sitzung.

Montag den 21. Juni 1920.

Die Sitzung wird nachmittags 4 Uhr durch den Präsidenten präsidiert.

Zunächst gibt Ministerpräsident Bud folgende Regierungserklärung ab:

Die sächsische Regierung hat nach kollegialer Beratung im Gesamtministerium beschlossen, der Volkskammer folgende Erklärung zu unterbreiten:

Am 10. Juni 1920 stattgefunden Sitzung des Zeltestausschusses der Volkskammer und der Regierung ist nach eingehender Absprache über die durch den Aufbau der Reichstagswahl noch gefahrene politische Lage für Sachsen von den Ausländermitgliedern aller Parteien der Wahrung Ausdruck gegeben worden, daß Regierung und Volkskammer die Staats- und Verwaltungsgeschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu wählenden Landtags weiterführen sollen.

Die Fortführung der Geschäfte und die Erledigung der dringenden parlamentarischen Arbeiten durch Regierung und Volkskammer ist als im Interesse des Landes liegend übereinstimmend bezeichnet worden.

Zu den dringendsten Arbeiten gehören die Veratung und Verabsiedlung des Staats-, des Entwurfs des Verfassungsgesetzes, des Landtagswohlgesetzes und des sächsischen Volzugsgegesetzes zum Sammeltergese.

Die Landtagswahlen sollen nach Verabsiedlung des Wahlgegenentwurfs unverzüglich vorbereitet und im Herbst vollzogen werden.

Die Regierung hat sich auf Grund der gesagten Aussprache in dieser gemeinsamen Sitzung bereit erklärt, die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu wählenden Landtags fortzuführen.

Zur sachgemäßen Erledigung der Regierungstätigkeit bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wird die öffentliche Einverständniserklärung der Volkskammer von der Regierung für geboten erachtet.

Die Regierung bittet den Herrn Präsidenten der Volkskammer, diese Erklärung herbeiführen zu wollen.

Präsident Graßfordt lädt vor, von der Regierungserklärung zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Abg. Hofmann (Danzl. Up.) weiß darauf hin, daß seine politischen Freunde schon seinesgegen den Entzug der Unabhängigen auf Verbindung der Neuwahlen für die Volkskammer mit der Reichstagswahl unterstützt haben. Danach müßten sie sich aus parteipolitischer Überzeugung und Sacharistisch der Regierungserklärung gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen. Sie könnten sich aber der Einsicht nicht verschließen, daß es augenblicklich eine dringende Staatsnotwendigkeit ist, mit unmittelbarer Entscheidung eine ordnungsgemäße Erledigung des laufenden Haushaltplanes, der Verfassungsvorlage und des Landtagswohlgesetzes seitens der Volkskammer mit der jetzigen Regierung herbeizuführen. Das soll Volzugsgegesetz zum Landtagswohlgesetz bestehen, würden sie nur insofern eine Dringlichkeit anerkennen, als es sich um Verteilung von Reichsteuern auf Staat und Gemeinden — nicht aber um die Einführung neuer Landesteuer —, insbesondere der Steuer vom Grundbesitz und vom Gewerbebetrieb hande. Da legieren bedürfe es bei ihren zweitenscheinenden wirtschaftlichen Brichtungen so ungünstiger Erhebungen und Veratungen, daß für deren Verabsiedlung die verfügbare Zeit bei weitem nicht ausreichen würde. Jürem behaupten Grundsache gelten, das Parteiunterstütze dem erkannten Staatswohl unterzuordnen, erklären sie sich bereit, bei Erledigung der vorerwähnten dringenden Regierungsvorlagen und -gesetze positiv mitzuarbeiten und sie zunächst bald zu verabschieden. Sie übernehmen dem Lande gegenüber für diese ihre Mittert und Unterstützung der Regierung für Erledigung ihrer Staatsaufgaben die volle Verantwortung. Selbstverständlich darf das nicht ausschließen, daß seine Freunde einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlagen gegenüber einen ablehnenden Handpunkt annehmen.

Abg. Siebmam (L. Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Die unabhängige Sozialdemokratie hat verkündigt, daß gleichzeitig mit der Reichstagswahl auch die Wahl zur sächsischen Volkskammer vorgenommen wird. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß die D. S. R. die jetzige Zusammensetzung der Volkskammer nicht mehr als der Volkskammer entsprechend betrachtet. Deshalb sprach die unabhängige Fraktion der jetzigen Volkskammer auch das Recht ab, wichtige Gesetzvorlagen zu bearbeiten. Vor allem schiede sich der Oberpräsident der unabhängigen Fraktion dagegen, daß die Volkskammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung die Verfassung des Freistaates Sachsen bearbeiten wolle. Die Volkskammer hat den Antrag der unabhängigen Sozialdemokratie auf gleichzeitige Verabsiedlung der Volkskammerwohle mit den Reichstagswahlen abgeschlagen. Die Gesamtverantwortung für die jetzige Situation trifft demnach die bürgerlichen Parteien und die rechtssozialistische Partei der Volkskammer. Da inzwischen die Regierung selbst eingeknickt hat, daß die Volkskammer baldigst neu gewählt werden muß, bestätigt sie damit nur

die Richtigkeit der von der unabhängigen Fraktion eingenommenen Haltung. Die Aktion ist nun um so eindrücklicher, daß auch die sächsische Regierungsparteien unter der Wucht des Volkskammerentscheides die Ungehobenheit ihrer Stellung erkannt haben. Die einzige mögliche Folge des Ausgangs der Reichstagswahl ist, daß die Wiederwahl zur sächsischen Volkskammer so bald als möglich vorgenommen werden soll, um dem sächsischen Volke Gelegenheit zu geben, eine Volkskammer zu wählen, deren Zusammensetzung den politischen Ansichten des Volkes entspricht.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen hält es die unabhängige Fraktion jedoch für notwendig, daß die Volkskammer vor der Neuwahl noch ein Wahlgesetz für die Volkskammer, den Staat und das Volzugsgegesetz zum Landtagswohlgesetz verabschiedet. Der Abschluß dieser Gesetze ist jedoch ihre Entscheidung über die Folge vor. — In der Verabsiedlung der Verfassung durch die jetzige Volkskammer erkennt die unabhängige Fraktion eine Verabsiedlung des Volkswillens, gegen den sie auf das sächsische

Reichsfestungsrecht einwirkt.

Die Stimmen der Unabhängigen erfolgte die Zustimmung der Volkskammer zur Regierungserklärung.

Hierauf trat die Kammer in die erste Sitzung ein über den

Staatshaushaltplan 1920 und den Haushaltplan des staatlichen Elektroindustrieunternehmens.

Sie wurde eingeleitet mit einer reichlich 1½ stündigen Rede des Finanzministers Dr. Reinhold:

Der Minister erläuterte zunächst das späte Einholen des Staats mit den politischen Verhältnissen und solchen Erkenntnissen, die innerhalb der Einsichtsmöglichkeiten der sächsischen Regierung lagen. Die Übernahmen der Eisenbahnen auf das Reich und die späte Abgrenzung der Steuerkompetenzen zwischen Reich, Staat und Gemeinden hätten es unmöglich gemacht, die entscheidenden Kapitel 20 und 21 früher abzuschließen. Im Januar wurde der normale Monat für die Einführung des Staats sein müssen. Der Staat teilte das Schätzchen des Industrieunternehmens, der augenblicklich ebenfalls nicht in der Lage sei, eine Kalkulation aufstellen zu können, die auch nur bescheidene Aufsätze am Gewerbeleistung erfüllen. Es zeige sich auch hier wieder, wie eng die Beziehungen zwischen dem Staat und den Staatsfinanzen und der allgemeinen Wirtschaftslage sei. Auch für den sächsischen Haushalt müsse deshalb jede richtig verstandene finanzielle Wirtschaftspolitik sein.

Der Minister ging dann auf die in großen Zügen ein Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu schaffen. Der Weltweg der deutschen Wirtschaft hätte sich ohne den

Weit von Versailles

weniger vorne voll gehalten und unter Waldo wäre ohne die wirtschaftliche Vernichtungslinse des Friedensvertrages nicht ganz so hilflos allen Stöhnen ausgeliefert gewesen. Wir hätten uns ohne die verhängnisvolle Politik der Belagungstruppen am Rhein gegen den deutschen Ausland und gegen die Überflutung Deutschlands mit Fug und Recht besser machen können. Mit einem etwas größeren Bruchteil unserer Handelsstädte, die uns verloren wünschte fast reichs genommen habe, hätten wir vor der Übersee und günstiger versorgen können.

Der nationale Wiederaufbau unserer Wirtschaft und damit die Sicherheit der Welt seien in ersterhieblich davon abhängig, daß es bald gelingt, den Staat vom Verschulden, diesen Staat der Unterwerfung, des Hauses und der missverstandenen Interessenpolitik zu befreien. Lieber kurz, aber lang werde in der ganzen Welt ein Zusammenbruch der östlichen Arbeits- und Waffenstillstandsvereinbarungen erreicht, so hilft es leichter, die Entlastung der Finanzierung der Länder, auch ohne die Entlastung an unsrer Seite. Bei den Reichsfinanzen steht es eben in furchtbare Weise die Orientierung des Reiches und einer tapferen Finanzpolitik, wie sie in der phantastischen Hoffnung auf Friedensentwicklung während des Weltkrieges von der Regierung des alten Reiches getrieben wurde. Jedoch halte ich es für einen Kreislauf, mit dem Gedanken des Staatsbankrotts auch nur zu spielen; denn Staatsbankrott ist zugleich Volkssankrott.

sächsischer Staat

Überschreitet zum erstenmal der Betrag von 1 Milliarde. Die Einnahmen belaufen sich jedoch nur auf 873.300.500 M., so daß sich ein reduzierungsmaßiges Fehlvermögen von 120 Millionen Mark ergibt. Der neue Staat macht zum erstenmal Schluß mit der während der Kriegsjahre, der Not gehorchend, vorgenommenen ungünstigen Staffelung, des Ausgaben zu unproduktiven Zwecken auf Anteile übernommen zu haben.

Ja bezug auf die Gewerbeschäden sind wir wegen einer anderen Kostenverteilung beim Reichsvochtig geworden. Dennoch haben wir eintheilen den vollen Aufwand eingestellt.

Zur Bedeutung des Beträges von 120 Millionen Mark steht die Regierung von neuen Steuern ab, weil uns scheint, daß die Zahl der Steuerzettel, die in den nächsten Monaten jedem Deutschen auf den Tisch platzieren werden, groß genug ist. Wir machen Ihnen vielleicht folgende Vorstellung: Es kommt folgende Summe erhöht werden: der Beitrag der Kosten um 40 Millionen Mark, der Beitrag der werbenden Staatsanlagen um 6 Millionen Mark und der Beitrag der Kosten und Gebühren in den veränderten Ministerien um 40 Millionen Mark, sowie der Beitrag, den das Reich nach Übernahme der Eisenbahnen jährlich zu zahlen hat, um 8.633.002 M. Ferner wird die Summe, die für verstaatlichte Gesellschaften von neu aufzunehmenden Staatschulden eingesetzt war, wahrscheinlich um 5 Millionen Mark geringer sein. Die noch lebende Summe von etwa 25 Millionen Mark kann dadurch eingebracht werden, daß von

nein, er würde sagen, alle sind's gewesen. Dann verworf er das Ganze und dachte sich, den Bürgermeister wird der nicht verurteilen, ganz gewiß nicht — würde aber nicht, worum er den nicht verurteilen werde, und was dann wieder in einer beispielnden Erwartung, die ihm wie ein heißer Schmerz in der Kehle lag.

Dann endlich kamen die Geschworenen zurück und es dauerte eine Ewigkeit, bis sie alle auf ihren Plätzen saßen, und der Obmann, der immer seinen Bogen Papier in der Hand, an seiner Ecke stand und die andern hereinließ, mit festen Stimme vorlas. Und immer hoch es, ob der Angeklagte schuldig sei des und des: "nein — mit mehr als zehn Stimmen." Nur einmal, als ihm alles vor den Augen schwamm, hörte er, wie eo: "ja" hieß. Weil er nicht recht verstanden hatte, sah er da ängstlich auf.

Über mir gab es eine heftige Bewegung im Zuhörerraum. Es waren zwei Parteien da, von denen die eine zischte und die andre mit den Günden schäfte, was ihm wie unheimliches, brandendes Feuer voll unheimlicher Gewalt ans Herz schlug, bis der Vorlesende mit lauter, entrüsteter Stimme stille gedroht.

"Bin ich frei?" flüsterte er da seinem Anwalt zu, und der lachte und sagte: "Vollständig frei, Sie können gleich nachher, wenn das Urteil gesprochen ist, gehen, woher Sie kommen."

Und da er sich verabschiedet hatte, was vor ihm in einem Raum stand, wollte aussuchen, jenseit wieder auf seine Bank zurück und die heißen Tränen rollten ihm erlösend die Wangen hinunter.

Das merkte wiederum das Publikum. Er hörte, wie man sich's sehr zuschautete, und trocknete sich hastig die Tränen ab, lehnte sich zurück, daß der breite Rücken eines Gentlemen zwischen ihm und den Menschen war, und fühlte, wie mit jedem abziehenden Atemzug die Angst und der Schmerz, gleich höher, eingetauschter Lust, von ihm wich.

Die andern erhielten wegen Grenzüberschreitung ihrer Jagd unverhältnismäßig hohe Strafen, die aber durch die Untersuchungshaft verbüßt waren, und dann taumelte er mit allen Menschen, von einer furchterlichen Last befreit, dem Ausgänge zu.

Da waren die Angehörigen der drei andern, die denen die Hände schüttelten, und er blieb bei ihnen stehen, bis sich der kleine Trupp durch den tumult neugieriger Gaffer auf die Straße drängte.

Den der Einsicht der Bergarbeiter erwartet — und in meistigen Gedanken wie darin nicht gelöscht werden —, daß sie, was in der Zukunft geschiehen wird, berücksichtigt, die Aktion zu treiben. 22.6.1920 der Staat schafft auf den Reichsbürgerbau, werden wie mit einer Macht auf die nationale Bevölkerung hinwirken und nur durch die Verteilung und die Vermehrung an Arbeitern die sie nebst dem

Wiederholung unserer Produktion in auch der Befreiung auf das deutsche Transportwesen eine Vorbereitung. Auch noch der Verteilung der Eisenbahnen fordert unser Nachfrage sicherlich, daß keine unbestimmt Tarifpolitik den Personen nicht auf den Eisenbahnen werden könnten, sondern persönlich jedem, auch den drohenden Arbeitslosigkeit wegen. Unsere Wirtschaft wird es sich lange keine leisen Männer, fehlende Arbeitskräfte zu begabten. Wie müssen eine möglichst produktive Gewerbe-Loesungsfürsorge anstreben. Es wird

eine großzügige Umstellung der Arbeitsstruktur

möglich werden. Wir werden die Produktion vom Krieg des Lebensmittelindustriellen Bedarf und von allen Gewerken unterstützen, die Erzeugung von Mitteln des industriellen Wirtschaftsangebotes nach Möglichkeit erhöhen müssen. Es empfiehlt den ungewöhnlichen Kaufmann, der mit der deutschen Wirtschaft getrieben wird, daß im vergangenen Jahr alle Gewerbejugend, die auf Augen und Vergnügen aufgebaut sind, die besten Geschäfte gemacht haben. Nur bei intensiver Produktion werden wir imstande sein, die langfristigen ausländischen Städte zu erlangen, die zu einer Schließung unserer Wirtschaft erforderlich sind. Dem Wiederaufbau steht nicht, um andere neutrale und alliierte Staaten folgen. Nichts hat unter Bedeutung gehabt, sondern und uns beim Wiederaufbau schlimmer geschworen, als die politischen Wunsche und Streit des vergangenen Jahres.

Wir der vorausblickende Produktion muß eine

Einschränkung alles überflüssigen Verbrauchs hand in Hand gehen. Nur wenige verträgt, als er sich, bevorwärts wenn es darum geht, wie von dem Ergebnis seiner Arbeit abgesehen wird. Hier müssen sich die Maßnahmen eingehen. Zug wie vor 190 Milliarden Pfund der Schulden im Auge, darüber Sparanstrengungen zu machen, wird noch nicht überall als selbstverständliche Sicht bestreitet. Es werden von allen möglichen Kreisen noch immer Anforderungen an die Reichs- und Staatskassen gestellt, die davon zeigen, daß viele Teile unseres Volkes unter wirtschaftlichen und finanziellen Auslandsschulden zu ertragen.

Die dritte Voraussetzung unseres Wiederaufbaus: Die

Entente muß uns gegenüber eine Politik der Vernunft und Klugheit betreiben. Die Meinung der Wirtschaftssessel brauchen wir leben zu können. Die große Sorge um die Weltfinanzen hängt wie ein Dammschwellen über der Finanzierung der Länder, auch ohne die Entlastung an unsrer Seite. Bei den Reichsfinanzen steht es eben in furchtbare Weise die Orientierung des Reiches und einer tapferen Finanzpolitik, wie sie in der phantastischen Hoffnung auf Friedensentwicklung während des Weltkrieges von der Regierung des alten Reiches getrieben wurde. Jedoch halte ich es für einen Kreislauf, mit dem Gedanken des Staatsbankrotts auch nur zu spielen; denn Staatsbankrott ist zugleich Volkssankrott.

Der gegenwärtige Umstieg im Wirtschaftsleben

ein Weg zur Erfahrung sein, denn eine Fortdauer der veränderten Produktionsfaktoren mit allen ihren Auswirkungen hätte uns gegen den deutschnen Ausland und gegen die Überflutung Deutschlands mit Fug und Recht besser machen können. Mit einem etwas größeren Bruchteil unserer Handelsstädte, die uns verloren wünschte fast reichs genommen habe, hätten wir vor der Übersee und günstiger versorgen können.

Ja bezug auf die Gewerbeschäden sind wir wegen einer anderen Kostenverteilung beim Reichsvochtig geworden. Dennoch haben wir eintheilen den vollen Aufwand eingestellt.

Zur Bedeutung des Beträges von 120 Millionen Mark steht die Regierung von neuen Steuern ab, weil uns scheint, daß die Zahl der Steuerzettel, die in den nächsten Monaten jedem Deutschen auf den Tisch platzieren werden, groß genug ist. Wir machen Ihnen vielleicht folgende Vorstellung: Es kommt folgende Summe erhöht werden: der Beitrag der Kosten um 40 Millionen Mark, der Beitrag der werbenden Staatsanlagen um 6 Millionen Mark und der Beitrag der Kosten und Gebühren in den veränderten Ministerien um 40 Millionen Mark, sowie der Beitrag, den das Reich nach Übernahme der Eisenbahnen jährlich zu zahlen hat, um 8.633.002 M. Ferner wird die Summe, die für verstaatlichte Gesellschaften von neu aufzunehmenden Staatschulden eingesetzt war, wahrscheinlich um 5 Millionen Mark geringer sein. Die noch lebende Summe von etwa 25 Millionen Mark kann dadurch eingebracht werden, daß von

"Komm nur mit," sagte der Bürgermeister zu ihm, und als er ihn erkannt ansah, wiederholte er: "Willkommen sollt auf die Biesen gehen wir noch."

Er Ich auch den Berliner mit seiner Braut am Arm und wollte auf ihn zugehen. Der schien ihm aber auszuweichen, oder es war ein Zufall, daß sich die beiden umwandten und nach davongingen.

Es war erst mittags zwei Uhr, und man ging zum Oktoberfest, das gerade war.

Die andern schwankten und untergekehrt voraus und er immer ein paar Schritte hinterdrein.

Aber als es immer schwärzer von Menschen strömte und das Volksfest ihnen entgegentobte, da ging er direkt bei den andern.

Es schrie und murmelte ringdum, Orgeln piffen, Trommeln krachten aus Blechmusiken heraus, Ausländer brüllten ihre Reden über die Köpfe der Menge hinweg, und durch all den Lärm schwangen sich die regelmäßigen Peitschenschläge der Bütchensäule von den Schießländern her.

Das vernehm der Erbauer, betrachtete die bunten Luftballone und die mächtigen Bilder an den Wänden und war dann, geführt vom Bürgermeister, in einer riesigen Halle, an einer langen Tische, der sich bald mit Molaren, Weinflaschen, gebratenen Küchen, Beeten und Kunden füllte.

Alles loderte und schwante, und er sah und trank den Wein in langen, durstigen Zügen, bis er zu allem, was gehabt, lassen muhte und die Welt vor ihm sich zu einem einzigen Durcheinander verwirrte, aus dem sich mitunter nur Sangesleben herordneten.

Querst der Köttinger, der ihm auf die Schulter klappste und laut rief: "Heit, das ist anders!" Heit waren immer wie ein Kalbel beim Reckgott!

Deswegen kam ihm aber doch ein Jörn und er lächelte zurück: "Dahrt mutzt du guulen, mein Liebster!" und der Köttinger brüllte zurück: "Hoi! Steinen Björnig zahl ich, sollen die zahlen, die wo's was angeht!"

"Stad bist," mähte der Bürgermeister. "Natt du —"

Und darüber hantete der Köttinger auf den Tisch, daß das Gesäß tanzte.

"Und wenn ich nicht gewollt hätte, wo wüll arbeiten du und dein Weibheldert, der die geholt hat, es ist iron. wo? Wir hätten sie nie was tun können — wie jetzt die mir wünnen können — nie, sag ich. Ich hätte Ihnen Kleider idhwothen, ich nicht — das kannst der denken." Heit, fol-

Der Wildschütz

Roman von Hermann Hörn

Zover Bauer erinnerte sich später ganz genau noch jedes Einzelns. Er hatte gerötete Wangen und

